

GRÖßERE STATT MEHR GRUPPEN

Kinderbetreuung als Schmähpattie

Mehr Betreuungsplätze und betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

und allein in Wien 11.300 Vollzeitjobs sichert. „Das rechnet sich pädagogisch und ökonomisch“, schließt Claudia Klimt-Weithaler.

In der Steiermark hingegen werde als Verbesserung verkauft, dass die Kindergruppen von 10 auf 14 Kinder wachsen und die Pädagoginnen und Pädagogen für gleiches Geld länger arbeiten dürfen. Unter dem Titel „Flexiblere Öffnungszeiten und Ausbau der Krippenplätze“ gehen die Maßnahmen auf Kosten der Pädagoginnen und Pädagogen, die sich um immer mehr Kleine kümmern müssen. Und auf Kosten der Kinder, denen in größeren Gruppen klarerweise weniger Aufmerksamkeit

zuteil wird. Viele Ideen, Projekte, pädagogische Aufbauarbeit fallen der neuen Gruppengröße zum Opfer, die als Erfolg verkauft wird. Die Abgeordnete, die selbst eine Kinderkrippe leitet, wünscht sich eine Anpassung der Gehälter der Pädagoginnen und Pädagogen an die Arbeitszeiten und -kinderkrippen einzurichten. Ihr Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen angenommen. Mit SPÖ und Grünen – diesmal gegen die ÖVP – wurde sogar beschlossen, rechtliche Grundlagen für verpflichtende Betriebskindergärten bei Großbetrieben zu schaffen.

Als Anerkennung für Ihre erzieherische Kompetenz...



...und Ihr pädagogisches Engagement haben wir...



Ihre Gruppe um 2 Kinder aufgestockt.



Seit 1995 ist die Zahl der Betreuungsplätze in Österreich um nur 0,7% gestiegen. „Dabei nutzen die Betreuungsplätze wesentlich mehr, als sie kosten“, so die KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Ihre Forderung nach Anreizen für Betriebskindergärten fand bei SPÖ, ÖVP und Grünen Zustimmung. In der Steiermark leben derzeit 31.304 Kinder unter drei Jahren. Dem gegenüber stehen 69 Kinderkrippen mit 929 Krippenplätzen. Ein frappantes Missverhältnis, dem eine Studie der Wirtschaftsuni Wien gegenüber steht. Diese sagt aus, dass die Wertschöpfung der Kinderbetreuung österreichweit 330 Millionen Euro pro Jahr ausmacht

Volksanwaltschaft fürs Land

KPÖ Initiative im Landhaus: Ein Steirischer Landes-Volksanwalt soll Steirerinnen und Steirern bei Problemen mit der Landesbürokratie helfen.

Vorarlberg hat einen, Tirol auch – und die Steiermark soll einen Landesvolksanwalt bekommen, der jene Steirerinnen und Steirer vertritt, die von Landesbehörden ungerecht behandelt werden. Denn Vertreter der Bundes-Volksanwaltschaft sind drei bis fünf Mal pro Jahr in der Steiermark – zu selten, um alle Probleme aufgreifen zu können. „Der Landesvolksanwalt könnte bei der Jugendwohlfahrt helfen, bei Problemen mit der Sozialhilfe oder dem Pflegegeld



Foto: www.bigshot.at

Probleme mit der Staatsgewalt? Ein Landesvolksanwalt soll bei Konflikten zwischen Bürger und Staat vermitteln.

oder bei Lärmbelästigungen als Folge der Sperrstundenverordnung“, meint KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker.

SPÖ, ÖVP und Grüne sehen den Vorstoß positiv, der nun auf Kosten und Nutzen geprüft wird.

KOMMENTAR



Franz Stephan Parteder,
steirischer KPÖ-
Vorsitzender

Lehrstück Eurofighter

Die Enthüllungen und Auseinandersetzungen um die Eurofighter zeigen, dass die Rüstungsindustrie ein Riesengeschäft ist. Auf Kosten der arbeitenden Menschen kommt es zu offenen und versteckten Zahlungen, welche das Vorstellungsvermögen der Durchschnittsverdiener übersteigen. Außerdem wird jetzt ein Zipfel des Geheimnisses enthüllt, das die Verbindungen zwischen Politik, Lobbyisten und Großindustrie normalerweise verdeckt.

Für die Eurofighter werden zwei US-Militärangehörige in Zeltweg stationiert, um – wie gesagt wird – die Sicherheitsbestimmungen zu überwachen. Schon das ist mit der österreichischen Neutralität unvereinbar. Die Eurofighter sind sauteuer, schränken die Möglichkeit für soziale Maßnahmen ein, passen in das Aufrüstungskonzept der EU und verhindern die Schaffung von zivilen Arbeitsplätzen im Aichfeld.

Wir erleben jetzt ein Lehrstück zum Thema Kapitalismus ohne Maske. Deshalb ist für uns KommunistInnen nicht nur der Ausstieg aus dem Eurofighter-Abenteuer eine Forderung des Tages. Wir verlangen den Verzicht auf Kampfflugzeuge und damit ein Ende der Teilnahme Österreichs am Aufrüstungskurs der EU. Mit der Neutralität hat das alles schon lange nichts mehr zu tun.

Franz Stephan Parteder,
Steirischer KPÖ-Vorsitzender